

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	17
A. Wirtschaftliche Bedeutung	21
I. Betriebswirtschaftliche Chancen und Risiken	21
II. Volkswirtschaftliche Bedeutung	23
B. Zivilrechtliche Grundlagen	27
I. Obligatorische Rechtsgeschäfte	28
II. Verfügungsgeschäfte	32
C. Umsatzsteuerrechtliche Konzeption des Reihengeschäfts	37
I. Rechtsquellen des nationalen Rechts	38
1. Historische Entwicklung	38
2. Geltende Rechtslage	47
a) Grundlegende systematische Einordnung	47
b) Begrifflichkeiten	49
c) Tatbestand	52
aa) Beteiligte	52
bb) Gegenstand	55
cc) Umsatzgeschäfte	56
dd) Lieferungen	57
ee) Warenbewegung	64
d) Rechtsfolgen	68
aa) Ort der Lieferungen	69
bb) Internationale Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse bei grenzüberschreitenden Reihengeschäften	70
cc) Zeitpunkt der Lieferungen	74
dd) Vereinfachungsregelungen für innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte in § 25b UStG	78

## *Inhaltsverzeichnis*

II. Rechtsquellen des Unionsrechts	79
1. Historische Entwicklung	79
2. Geltende Rechtslage	83
 D. Zuordnung der Warenbewegung nur zu einer der Lieferbeziehungen	 87
I. Ausgangsbetrachtung der nationalen Rechtslage	88
II. Unionsrechtliche Vorgaben	89
1. Erläuterung und Würdigung der Konzeption des EuGH	89
a) Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache EMAG	89
b) Zuordnung der Warenbewegung nur zu einer der Lieferbeziehungen	91
aa) Innergemeinschaftlicher Grenzausgleich nur im Rahmen einer warenbewegten Lieferung	92
bb) Wortlaut der Ortsbestimmungen	94
cc) Systematik der Besteuerung des innergemeinschaftlichen Warenhandels	97
(1) Bedeutung der Ortsbestimmungen	97
(2) Ziel der Verlagerung der Steuereinnahmen in den Bestimmungsmitgliedstaat	100
(3) Belastungswirkungen für die Unternehmer und die mitgliedstaatlichen Finanzverwaltungen	103
(4) Zusammenhang mit den Regelungen für den Vorsteuerabzug	106
(5) Zusammenhang mit den Regelungen für innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte	107
2. Gegenkonzepte in der Literatur	109
a) Zuordnung der Warenbewegung zu allen Lieferbeziehungen	109
b) Konsequenzen für die Durchführung des innergemeinschaftlichen Grenzausgleichs	115
3. Abschließende Würdigung	116

E. Zuordnung der Warenbewegung	119
I. Ausgangsbetrachtung des nationalen Zuordnungskonzepts	119
1. Konzeption der nationalen Regelung	120
a) Grundlegende Bedeutung der Transportveranlassung	120
b) Kriterien für die Transportveranlassung	122
2. Zuordnungsentscheidung anhand der Transportveranlassung	123
a) Transportveranlassung durch den ersten Unternehmer oder den letzten Abnehmer	123
b) Transportveranlassung durch einen mittleren Unternehmer	123
aa) Gesetzliche Vermutung in § 3 Abs. 6 Satz 6 Halbsatz 1 UStG	124
(1) Grundfall	124
(2) Gesetzliche Vermutung	125
bb) Zuordnungswahlrecht in § 3 Abs. 6 Satz 6 Halbsatz 2 UStG	125
(1) Sonderfall	125
(2) Zuordnungswahlrecht	126
II. Internationales Konfliktpotential durch unkoordinierte Regelungen	128
1. Unkoordinierte Regelungen in unterschiedlichen Steuerjurisdiktionen	129
2. Internationales Konfliktpotential bei der Umsatzbesteuerung	133
a) Doppelbesteuerung	134
b) Doppelte Nichtbesteuerung	138
c) Registrierungs- und Steuererklärungspflichten für die beteiligten Unternehmer	139
III. Unionsrechtliche Vorgaben durch den EuGH	140
1. Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache Euro Tyre	140
2. Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache VSTR	142
3. Erläuterung der Konzeption des EuGH	144
a) Bedeutung der „umfassenden Würdigung aller besonderen Umstände“	145
b) Übergeordnetes Ziel der Durchführung des innergemeinschaftlichen Grenzausgleichs	147

## Inhaltsverzeichnis

c) Zuordnungsentscheidung anhand der Übertragungszeitpunkte der Befähigung, wie ein Eigentümer über den Gegenstand zu verfügen	149
aa) Grundlegende Bedeutung der Übertragungszeitpunkte	149
bb) Fallgruppen	151
(1) Letzter Unternehmer ist während des Transports befähigt, wie ein Eigentümer über den Gegenstand zu verfügen	151
(2) Erster Unternehmer ist während des Transports befähigt, wie ein Eigentümer über den Gegenstand zu verfügen	154
(3) Mittlerer Unternehmer ist während des Transports befähigt, wie ein Eigentümer über den Gegenstand zu verfügen	157
(a) Erforderlichkeit einer „zweiten Stufe“ der Zuordnungsentscheidung	157
(b) Begründung eines Wahlrechts für den mittleren Unternehmer	163
(c) Kriterien für die Ausübung des Wahlrechts	164
(aa) Kriterien für eine Zuordnung zu der ersten Lieferung	164
(ii) Absichtsbekundung	165
(ii) Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	166
(bb) Kriterien für eine Zuordnung zu der zweiten Lieferung	168
(cc) Rangverhältnis der Kriterien für das Zuordnungswahlrecht	172
(cc) Feststellung der Übertragungszeitpunkte	173
d) Vertrauensschutz	177
aa) Grundlegendes zum Vertrauensschutz im innergemeinschaftlichen Warenverkehr	177
bb) Vertrauensschutz bei innergemeinschaftlichen Reihengeschäften	181
(1) Bedeutung des Vertrauensschutzes im Hinblick auf die Zuordnung der Warenbewegung	181

(2) Voraussetzungen	184
(3) Rechtsfolgen	186
(a) Gewährung der Steuerbefreiung für den Lieferanten	186
(b) Inanspruchnahme des Abnehmers	187
e) Untergeordnete Bedeutung der Transportveranlassung	188
4. Zusammenfassung der Ergebnisse	194
IV. Vereinbarkeit des nationalen Zuordnungskonzepts mit den unionsrechtlichen Vorgaben	196
1. Grundsätzliche Bedeutung der Vorgaben des EuGH	197
2. Vereinbarkeit des nationalen Zuordnungskonzepts mit den Vorgaben des EuGH	198
a) Grundlegendes zur richtlinienkonformen Auslegung	199
b) Richtlinienkonforme Auslegung des § 3 Abs. 6 Satz 6 UStG in der Rechtsprechung des BFH	201
(1) Ansatz des V. Senats	202
(2) Ansatz des XI. Senats	205
(3) Würdigung des Konflikts der Senate	210
c) Eigener Ansatz	217
aa) Unterschiedliche konzeptionelle Ansätze im nationalen und im Unionsrecht	217
bb) Richtlinienkonforme Auslegung des § 3 Abs. 6 Satz 6 UStG nicht möglich	221
cc) Rechtsfolgen der Richtlinienwidrigkeit des § 3 Abs. 6 Satz 6 UStG	223
3. Zusammenfassung der Ergebnisse	226
V. Kritik an der Konzeption des EuGH und alternativer Lösungsvorschlag	228
1. Kritische Würdigung der Vorgaben des EuGH	228
2. Alternativer Lösungsvorschlag für die Zuordnung der Warenbewegung bei innergemeinschaftlichen Reihengeschäften	232
a) Anforderungen an ein Alternativkonzept	235
b) Zuordnungsentscheidung anhand der Umsatzsteuer- Identifikationsnummern	237
Zusammenfassung der Ergebnisse	245
Literaturverzeichnis	253